

Interview
16. Februar 2022

Moritz Küpper im Gespräch mit Hendrik Wüst

Moritz Küpper: Die Bund-Länder-Runde heute, der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, mit der Ministerpräsidentenkonferenz, der MPK. – Am Telefon ist jetzt der aktuelle Vorsitzende der MPK, der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident und CDU-Politiker Hendrik Wüst. – Guten Morgen!

Hendrik Wüst: Schönen guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Wüst, vieles ist bekannt, wir haben es gerade gehört. Manche Zeitung sieht schon einen Wettlauf um die schnellsten Corona-Lockerungen. Überdeckt der Wunsch, die Sehnsucht nach Lockerungen nun alles?

Wüst: So sollte es jedenfalls nicht sein. Wir sollten auch in dieser Öffnung achtsam bleiben. Wir brauchen die Stufen, wir sollten nicht hopplahopp alles über Bord werfen, was sich in den letzten Monaten als Schutzmechanismus bewährt hat. Wir brauchen den Basisschutz: Maske, Abstand, Hygieneregeln, Test. Und wir sollten uns zwischen den Stufen auch immer mal 14 Tage Zeit nehmen und in beide Richtungen schauen, ob es gelingt, oder ob es auch nicht gelungen ist, ob man vorsichtiger sein muss. Wir sollten jetzt nichts überstürzen, sondern Öffnungen und Achtsamkeit verbinden.

Küpper: Ist das gerade eine Art Öffnungseuphorie?

Wüst: Das ist ja sehr subjektiv. Bei dem einen ist es so, bei dem anderen ist es so. Ich glaube, wir sind aufgerufen, auch jetzt vorsichtig zu bleiben, achtsam zu sein, um nicht zu verspielen, was wir erreicht haben. Wir sind jetzt auf dem Höhepunkt. Wir sind nicht zu 400.000 Neuinfektionen gekommen, wie Herr Lauterbach es prognostiziert hatte. Das ist auch gut. Wenn es jetzt schon runtergeht, sollten wir diese Chance nutzen, aber immer dabei achtsam bleiben.

Küpper: Wo könnte es aus Ihrer Sicht heute noch Diskussionen geben?

Wüst: Na ja. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung Bereitschaft erklärt, den Basisschutz zu garantieren. Aktuell steht im Gesetz, dass er am 19. März ausläuft. Am 19. März ist es mit allen Maßnahmen vorbei, keine Möglichkeit mehr, keine Rechtsgrundlage mehr für Länder, Kommunen, eine Maskenpflicht beispielsweise an bestimmten Stellen anzuordnen. Abstand, Hygiene, Tests – das nenne ich Basisschutz. Darüber werden wir zu sprechen haben, dass das wirklich auch über den 19. März hinaus möglich ist, wenn es gebraucht ist. Das Thema Genesenenstatus ist ein wichtiges. Da ist Chaos angerichtet worden durch die Bundesregierung, viel Verunsicherung. Wir brauchen da Klarheit und

Verlässlichkeit und wir wollen, dass der Genesenenstatus nach sechs Monaten, so wie in anderen europäischen Ländern auch, wieder garantiert ist.

Küpper: Über diesen Genesenenstatus möchte nun Karl Lauterbach selber entscheiden. Das berichtet zumindest die „Bild“-Zeitung. Ist das der richtige Weg, nicht mehr das Robert-Koch-Institut, sondern nun der Minister selbst?

Wüst: Noch vor wenigen Wochen wollte er es ganz genau andersherum haben. Das hat das ganze Chaos ausgelöst. Wir werden darüber sprechen müssen. Ich bin dafür, dass wir zurück zur alten Regelung gehen, die wir vor diesem Chaos hatten, dass das durch den Bundesrat muss, denn die Länder müssen es am Ende exekutieren und da hat es sich bewährt, dass man darüber auch vorher gemeinsam spricht. Deswegen glauben wir, dass es keine einzelne Ministerentscheidung von Herrn Lauterbach sein sollte, sondern dass der Bundesrat darüber mitbestimmt.

Küpper: Sie haben gesagt oder angemahnt, dass es nach dem 19. März, dem auslaufenden Bundesinfektionsschutzgesetz, noch weitere Maßnahmen gibt, der sogenannte Instrumentenkasten. So hat ihn zumindest Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann genannt. Aus Ihrer Sicht: Sollte das Bundesinfektionsschutzgesetz einfach verlängert werden?

Wüst: Das ist eine Möglichkeit. Da gibt es eine Option, um drei Monate zu verlängern. Es ist auch möglich, dieses Gesetz wieder zu ändern. Da wird die Ampel vermutlich noch keine Einigkeit drüber haben. Da gibt es offensichtlich Sensibilitäten. Mir ist wichtig, dass wir achtsam bleiben, dass wir nicht in eine Situation kommen, wo wir jetzt erst alles über Bord werfen und dann nachher hektisch nachbessern müssen. Lieber klarer Kurs statt Hin und Her. Für mich gehört auch dazu, auf diese Maßnahmen zurückgreifen zu können, einfach ein Stück als Sicherheit in der Hinterhand für den Fall, dass wir es brauchen. Wir dürfen nicht den Fehler der vergangenen Jahre wiederholen, im Sommer so zu tun, als gäbe es kein Corona, und dann unvorbereitet in den Herbst reinstolpern. Wir müssen auf den dritten Winter der Pandemie vorbereitet sein.

Küpper: Aber wie sehen denn diese mittel- und längerfristigen Vorbereitungen aus?

Wüst: Das ist erst mal der Basisschutz, den wir brauchen, über den wir gerade schon gesprochen haben. Es ist auch, dass wir beim Impfen nicht nachlassen. Impfen ist der Weg raus aus der Krise. Und wir sollten auch bei den Vorbereitungen nicht nachlassen, eine Impfpflicht einzuführen, denn sonst stehen wir im nächsten Winter wieder unvorbereitet da.

Küpper: Wenn Sie die Impfpflicht ansprechen, vor allem die einrichtungsbezogene Impfpflicht, dann war es vor allem die Unions-Seite, CSU-Chef Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident, der das Ganze erst mal torpediert hat. Auch Friedrich Merz, Ihr Parteichef, ist ihm beigesprungen. Jetzt hat Markus Söder gestern wieder eingeräumt und gesagt, wir bleiben natürlich rechtstreu. Mussten Sie ihn eigentlich anrufen, um das bei sich durchzusetzen?

Wüst: Alle Länder sind sich einig, dass es viele sehr wesentliche Fragen gibt bei dieser einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Sie soll ab nächstem Monat scharfgestellt werden, sie soll ab 15. März gelten. Arbeitsrechtliche Fragen sind gestellt, Umgang

mit nichtgeimpftem Personal, was im Zweifelsfall auch mal unverzichtbar ist, weil viele Kolleginnen und Kollegen in Quarantäne sind oder krank. Das sind Fragen, die geklärt werden müssen. Damit dürfen wir die Gesundheitsämter vor Ort nicht allein lassen. Wir sind alle der Überzeugung, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht richtig ist und wichtig ist, gerade wenn wir an anderen Stellen über Öffnungen sprechen. Es gehört zu einer vorsichtigen achtsamen Öffnung mit dazu, alle Vorkehrungen zu treffen, die Schwächsten besser zu schützen.

Küpper: Sie haben gesagt, in Nordrhein-Westfalen soll diese einrichtungsbezogene Impfpflicht kommen. Sind für Sie alle Bedenken ausgeräumt?

Wüst: Nein, es sind nicht alle Bedenken ausgeräumt. Es liegen wesentliche Fragen auf dem Tisch und sind noch nicht beantwortet durch die Bundesregierung.

Küpper: Aber wie können Sie dann so sicher sein, dass es bei Ihnen kommt?

Wüst: Wir werden sie anwenden. Wir sind bundestreu und wir können auch am 15. März Abfragen machen in den Einrichtungen. Man kann dann erfassen, wer meldet sich mit Impfstatus, wer meldet sich nicht, wer sagt vielleicht ganz frei, ich bin nicht geimpft. Das kann man alles machen. Aber dann kommen auf dem Weg weitere Fragen und die müssen geklärt sein.

Küpper: Das ist das Thema einrichtungsbezogene Impfpflicht. Wir sprechen auch über eine allgemeine Impfpflicht. Ihr Kollege in Schleswig-Holstein, Daniel Günther hat gesagt, das soll kommen. Da sind Sie, glaube ich, deckungsgleich in der Position. Das brauchen wir. Allerdings hat er auch gesagt, man sollte das jetzt schnell einführen. Wer blockiert aus Ihrer Sicht?

Wüst: Na ja. Die Ampel, die Bundesregierung kann sich nicht durchringen, einen gemeinsamen Gesetzentwurf in dieser wesentlichen Frage vorzulegen. Alle Länder wollen es, der Bundeskanzler will es, der Gesundheitsminister will es, und trotzdem legt man keinen Gesetzentwurf vor.

Küpper: Aber es gibt ja Modelle, die allgemeine Impfpflicht ab 18 beispielsweise. Dieses Modell gibt es.

Wüst: Ja! Umso besser wäre, man würde jetzt dazu Gesetzentwürfe vorlegen. Das mahnen wir seit Wochen an. Die Ampel geht einen anderen Weg mit sogenannten Gruppenanträgen. Das sind politische Absichtserklärungen. Das ist auch alles legitim, das kann man alles so machen. Es kostet nur Zeit, die wir an dieser Stelle eigentlich nicht haben.

Küpper: Das ist der Weg, den Sie da beschreiben. Aber wenn wir inhaltlich darauf schauen, dann gibt es jetzt diese vier Modelle: die allgemeine Impfpflicht ab 18, eine Impfpflicht ab 50 Jahren, eine Ablehnung und nun auch eine Art Modell der Union, das ein Impfvorsorgegesetz, keine sofortige Impfpflicht, sondern diese nur für den Ernstfall vorbereiten möchte. Welches Modell präferieren Sie?

Wüst: Ich muss Sie zunächst korrigieren. Der Ullmann-Vorschlag ab 50 liegt bisher nicht auf dem Tisch. Auch darauf wird seit Wochen gewartet. Er ist angekündigt, es ist eine Idee, aber man hat kein einziges Blatt Papier dazu bisher jemals gesehen.

Das meine ich! Wir sind jetzt Mitte Februar. Ende des Jahres hat Olaf Scholz in Aussicht gestellt, Anfang Februar könnte eine Impfpflicht schon gelten. Wir haben noch nicht mal die politischen Absichtserklärungen alle mal auf einem Blatt Papier gesehen. Das meine ich mit dem Zeitverzug, den wir drin haben. Die Länder sind sich einig, dass wir eine Impfpflicht brauchen. Ich persönlich habe das auch für mich immer klar gesagt. Der Unions-Bundestagsvorschlag scheint mir am Ende derjenige zu sein, der auf die inzwischen eingetretene Situation besonders gut passt, nämlich alles vorzubereiten für eine Impfpflicht, sie zu beschließen, aber die Details dann in einem zweiten Beschluss zu machen, weil wir heute schlicht noch nicht wissen können, welche Variante kommt im kommenden Herbst, im Winter, gibt es einen Impfstoff, welche Gruppen sind von ihr besonders betroffen. Insofern hat das ja durchaus Sinn und Scham und es ist interessanterweise dieser Oppositionsvorschlag, der am weitesten schon ausformuliert ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.